

Postwachstum und die Corona-Krise

20. November 2020 15:58

Leo Korn

Erschienen in den Kategorien:

Corona

*Im Rahmen der Ringvorlesung „Die Politische Ökonomie der Corona-Krise“ hat es die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung externen Studierenden ermöglicht, Prüfungen in Essayform abzulegen. Eine Auswahl der besten Arbeiten veröffentlichen wir über einen Monat hinweg nach Absprache und einem Redaktionsprozess mit den Autor*innen auf unserem hochschuleigenen Corona-Blog. Der nun folgende dritte Beitrag zu der Reihe stammt von Leo Korn, der sich aus einer Postwachstumsperspektive der Corona-Krise widmet.*

Leo Korn studiert Politikwissenschaft in Lüneburg und beschäftigt sich mit politischer Philosophie und einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft.

Einleitung

Die Coronakrise hat einmal mehr schonungslos die Schwächen der globalisierten, von Effizienz und Wachstum dominierten Weltwirtschaft aufgedeckt. Das Pendel im Spannungsverhältnis von Resilienz und Effizienz schlägt so sehr in Richtung Effizienz aus wie selten zuvor. Alles ist auf Kante genäht. Globale Lieferketten, mürbe gesparte, zunehmend privatisierte Gesundheitssysteme und die Verlagerung kritischer Infrastrukturen ins Ausland haben uns verwundbar gemacht.

Doch es gibt auch Anlass zur Hoffnung. Die Bekämpfung der Coronakrise hat gezeigt, dass die Bundesregierung in der Lage und willens ist, sich im Extremfall gegen Wirtschaftsinteressen zu stellen und problemangemessen zu handeln. Während in der Klimakrise zwischen wissenschaftlichem Wissen und politischem Handeln noch eine große Lücke klafft, werden die Empfehlungen der Wissenschaft in der Coronakrise stärker miteinbezogen. Die gemeinsamen Schulden der EU für den Corona-Aufbaufonds sind ein Meilenstein und ein starkes Zeichen gegen aufkommenden Nationalismus und für internationale Kooperation und Solidarität. Einschränkungen der individuellen Freiheit zum Schutz der Schwachen und weitere radikale Politikmaßnahmen, die vorher undenkbar waren, sind plötzlich an der Tagesordnung. Wir sehen: Die Politik ist handlungsfähig und Veränderung kann gelingen. Der Korridor des Sagbaren wird in der Krise größer und der Status quo wird hinterfragt und öffentlich diskutiert. Dabei rückt automatisch auch die Wachstumsfrage in den Blickpunkt. Die hohen Arbeitslosenzahlen insbesondere in den USA und die enorme Staatsverschuldung während der Coronakrise verdeutlichen einmal mehr die gegenwärtige Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum. Ist das zukunftsfähig?

Im Folgenden werden die Probleme aufgezeigt, die mit (weiterem) Wirtschaftswachstum einhergehen. Dadurch soll deutlich werden, dass die bestehenden Wachstumsabhängigkeiten dringend überwunden werden müssen.

Wachstumskritik

Schon Aristoteles hat zwischen zwei Formen des Wirtschaftens unterschieden.[1] Während in der Ökonomik der Gelderwerb als Mittel zum guten Leben für alle dient, verkommt er in der Chrematistik zum Selbstzweck, was Aristoteles als widernatürlich kritisiert.[2] Lange Zeit war das Wirtschaftswachstum tatsächlich ein Mittel zum guten Leben (nicht für alle, aber für viele) und hat große Teile der Weltbevölkerung von Hunger und Armut befreit. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich das Blatt gewendet. Längst ist von allem genug da, es ist nur schlecht verteilt. Die Probleme von heute sind nicht mehr flächendeckende Armut, sondern die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich oder der Klimawandel und werden von weiterem Wirtschaftswachstum nur noch verstärkt und nicht gelöst. Der wachstumskritische Diskurs ist entsprechend ausdifferenziert und lässt sich in mehrere Kritikstränge unterteilen.[3]

Aus *sozial-ökonomischer Perspektive* wird angemerkt, dass Wachstum nicht automatisch zu mehr Lebensqualität führt. Das Glücks-Einkommens-Paradox (auch Easterlin-Paradox) zeigt, dass aufgrund des abnehmenden Grenznutzens von Einkommen die Lebenszufriedenheit ab einer bestimmten Einkommensschwelle nicht mehr per se zunimmt.[4] Zur Veranschaulichung kann hier die Maslowsche Bedürfnispyramide dienen, in der die materiellen Bedürfnisse lediglich das Fundament für soziale Bedürfnisse und Selbstverwirklichung legen. Letztere können allein durch hohe Einkommen nicht erfüllt werden. Die Bedürfnispyramide ist zwar stark vereinfachend und etwas überholt, weil die verschiedenen Stufen empirisch natürlich nicht nacheinander, sondern gleichzeitig angegangen werden, aber der Kerngedanke bleibt. Und er ist keineswegs neu in den Wirtschaftswissenschaften. Schon John Maynard Keynes prognostizierte in seinem Essay über „die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“, dass es nicht mehr um mehr Reichtum, sondern um mehr Lebensqualität gehen werde und müsse, sobald das ökonomische Problem gelöst sei und die absoluten Grundbedürfnisse zuverlässig erfüllt werden könnten.[5]

Die *kulturell-ethische Wachstumskritik* betont die Entfremdung des Menschen (z.B. in der Arbeit), steigenden Leistungsdruck und ständige Beschleunigung. Wirtschaftswachstum stößt an subjektive Grenzen (Burn-out-Gesellschaft) und die ewige Steigerungslogik steht einem ethisch guten Leben oft eher im Weg, wenn Selbstoptimierung zum Zwang wird.

Aus *kapitalismuskritischer Perspektive* wird der wettbewerbsbedingte Akkumulationszwang des Kapitals betont. Unabhängig vom Egoismus der Einzelnen sind Unternehmen fast schon zum Investieren und Wachsen verdammt, wenn sie im ständigen Wettlauf um Produktivitätsfortschritte keine Marktanteile an die Konkurrenz und damit über kurz oder lang ihre Geschäftsgrundlage verlieren wollen. Das Landnahme-Theorem verweist zudem darauf, dass sich der Kapitalismus nicht auf seinen eigenen Grundlagen reproduzieren kann und auf die fortlaufende Kommodifizierung (Prozess des Zur-Ware-Machens) bzw. Okkupation eines nicht kapitalistischen „Außen“ angewiesen ist.[6] Landnahme ist dabei nicht nur geographisch, sondern auch sozial zu verstehen und erstreckt sich auf immer neue Lebensbereiche, die sich der Kapitalismus einverleibt. Da der Kapitalismus also auf eine dynamische Stabilisierung durch Wachstum angewiesen ist, bedeutet Postwachstum für viele auch Postkapitalismus.

Aus *feministischer Perspektive* wird kritisiert, dass das gegenwärtige Wachstumsregime auf einer Abwertung und Ausbeutung von Care- und Reproduktionsarbeit wie Erziehung, Pflege, Haus- und Gartenarbeit basiert – Tätigkeiten, die immer noch vermehrt von Frauen verrichtet werden. Es profitieren also überwiegend Männer und die ungleichen Geschlechterverhältnisse werden reproduziert.[7]

Die *postkoloniale Süd-Nord-Kritik* schließlich prangert an, dass Akkumulation, Wohlstand und Luxus im Globalen Norden erst durch die Ausbeutung billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte im Globalen Süden möglich werden. Afrika als „Rohstofflieferant“ oder China als „verlängerte Werkbank der Welt“ werden zu bloßen Zulieferern für den Westen degradiert. Insbesondere in (Südost-)Asien ist zudem ein Kulturimperialismus zu beobachten, und nach dem Motto „One size fits all“ wurden besonders in den 80er Jahren und werden zum Teil bis heute im Namen des Wachstums eine Liberalisierung des Außenhandels, Deregulierungen der Wirtschaft und Privatisierungen von Staatsunternehmen propagiert. Eine neoliberale Schocktherapie, die vor allem die Armutgruppen traf.[i] Die Globalisierung bringt nun mal Gewinner und Verlierer hervor – innerhalb der Länder ebenso wie über Ländergrenzen hinweg. David Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile, die bis heute die Legitimationsgrundlage des Freihandels bildet, weil angeblich alle von ebendiesem profitieren, funktioniert eben nur auf dem Papier.[8]

Eine Gewichtung dieser Kritikstränge scheint wenig zielführend. Eine Sonderstellung nimmt lediglich die *ökologische Wachstumskritik* ein, weil Gesellschaften mit den oben geschilderten Ungerechtigkeiten (über)leben können, mit der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen aber nicht. „Die Grenzen des Wachstums“ sind spätestens seit dem gleichnamigen Bericht des Club of Rome von 1972 bekannt.[9] Weiteres Wirtschaftswachstum bedroht die planetaren Grenzen und untergräbt intra- und intergenerationelle Klimagerechtigkeit. Eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, wie sie Technikoptimist*innen gerne versprechen, scheint kaum realisierbar, weil Rebound-Effekte regelmäßig die Effizienzgewinne auffressen.[10] Green-Growth-Verfechter*innen würden hier entgegenen, dass in den letzten Jahren in einigen Industriestaaten nicht nur eine relative, sondern auch eine absolute Entkopplung gelungen sei. Das ist richtig, blendet aber aus, dass besonders ressourcenintensive Produktionen und Emissionen ins Ausland verlagert wurden und dass selbst die zu beobachtende absolute Entkopplung noch lange nicht ausreicht, um die Klimaziele zu erreichen.[11] Die Länder des Globalen Nordens leben schließlich schon lange weit über ihre Verhältnisse und stehen in der Verantwortung, ihren ökologischen Fußabdruck drastisch zu senken. Durch technischen Fortschritt und Konsistenz allein wird das nicht gelingen. Es braucht auch Suffizienz und eine Überwindung von Wachstumszwängen. Die richtungsweisende und letztlich wohl unausweichliche Frage lautet: Degrowth by design or disaster?[12]

Wachstumsabhängigkeiten und deren Überwindung

Warum wird nun trotz fataler Folgen weiter am Wachstum festgehalten? Das Dilemma besteht darin, dass weiteres Wirtschaftswachstum zwar weder wünschenswert noch ökologisch möglich, unter den aktuellen Rahmenbedingungen aber trotzdem notwendig ist, um gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Was bei einem Einbruch der Wirtschaftsleistung im aktuellen System passiert, haben die Folgen der Coronakrise zur Genüge gezeigt (siehe Arbeitslosenzahlen in den USA). Doch selbst ein gleichbleibendes BIP hat fatale Folgen. Wie kommt es dazu?

Technischer Fortschritt und Innovationen ermöglichen Wettbewerbsvorteile für Unternehmen, die teure menschliche Arbeit durch preiswerte Maschinen und geschickte, expansive Ressourcennutzung ersetzen. So werden Arbeitsplätze geschluckt, die durch weiteres Wirtschaftswachstum an anderer Stelle neu geschaffen werden müssen, um annähernde Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Staatliche Wachstumspolitik ist damit im Wesentlichen eine Reaktion auf technologische Arbeitslosigkeit.[13]

Aufgrund immenser Staatsverschuldung sind die Regierungen zudem auf möglichst hohe Steuereinnahmen angewiesen, die lieber durch Wirtschaftswachstum als durch un-

populäre Steuererhöhungen erzielt werden sollen, da letztere ja obendrein dem internationalen Standortwettbewerb um Unternehmen schaden könnten.

Des Weiteren fürchten die nationalen Regierungen einen geopolitischen Machtverlust durch ausbleibendes Wachstum - ein Aspekt, der in den nächsten Jahren noch mehr Bedeutung erlangen wird. Dem Neorealismus zufolge neigen nämlich unipolare Machtverhältnisse zu Frieden und Kooperation, während es in multipolaren Weltordnungen eher zu Konflikten, Kriegen und noch aggressiverem Wettbewerb kommt.[14] Seit der Wahl Donald Trumps sind nun die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Europa zunehmend belastet und die bisherige Vormachtstellung des Westens wird von China herausgefordert, das sich als autoritäre Alternative zum liberalen Demokratiemodell in Stellung bringt. Es geht also auch um grundlegende politische Werte und Systeme. Sollte sich die EU tatsächlich von ihrem Wachstumskurs verabschieden, würde das wohl auch ihren (angesichts der Asylpolitik zunehmend scheinheiligen) internationalen Kampf um Menschenrechte und Demokratie schwächen. Handelsabkommen und Wirtschaftssanktionen würden als Druckmittel an Gewicht verlieren und die Vermittlerrolle der EU noch komplizierter gestalten.

Zu diesen politischen Wachstumsabhängigkeiten gesellen sich noch andere Faktoren. Wettbewerbsdruck, Gewinnstreben und Kapitalakkumulation führen zur kapitalistischen Steigerungslogik und animieren Unternehmen zum Wachsen. Mentale Infrastrukturen wie das individuelle „Streben nach Mehr“ tun ihr Übriges.

Es gibt bereits einige vielversprechende Konzepte, die die Wachstumsabhängigkeiten überwinden oder zumindest abmildern wollen. Diskutiert werden u.a. Arbeitszeitverkürzungen, ein bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeinwohlbilanzierungen von Unternehmen (Gemeinwohlökonomie), eine Demokratisierung der Wirtschaft und die Überführung von Privateigentum in Verantwortungseigentum, alternative, nicht-kapitalistische Formen des regionalen Produzierens (Commons, Solidarische Landwirtschaft), nationale oder globale Obergrenzen für Ressourcenverbrauch und Emissionen (Mengensteuerung) oder sozial-ökologische Steuerreformen (Preissteuerung), die eher Naturverbrauch statt Arbeit besteuern.[15]

Eine Postwachstumsgesellschaft würde nicht zuletzt auch die Ausbruchswahrscheinlichkeit zukünftiger Pandemien erheblich verringern. Im Gegensatz zum aktuellen Wachstumsregime würden Postwachstumsgesellschaften ethische Grenzen und Naturgrenzen wieder respektieren. Dadurch könnten die folgenden Haupttreiber von Pandemien eingedämmt werden: die steigende Nachfrage nach tierischem Eiweiß, konventionelle Landwirtschaft, Massentierhaltung, Ausbeutung von Wildtieren, Ressourcenübernutzung, Verkehr, Tourismus und Klimawandel.[16] Sollte es dann trotzdem noch zu Pandemien kommen, wären konjunktur- und wachstumsunabhängige soziale Sicherungssysteme deutlich besser in der Lage, die Auswirkungen abzufedern.

Die oben kurz vorgestellten Ansätze zielen alle mehr oder weniger radikal auf eine ökologischere, sozial gerechtere und wachstumsunabhängigere Wirtschaftsordnung ab. Eine der großen Aufgaben für Ökonom*innen und andere Sozialwissenschaftler*innen des 21. Jahrhunderts wird es sein, diese und andere Ansätze weiterzuentwickeln und ihnen eine Bühne zu geben. Umsetzen müssen es am Ende Politik und Zivilgesellschaft. Wir alle sind gefordert. Eine bloße Hinterfragung und Umstellung des Konsumverhaltens und Lebensstils auf der individuellen Ebene ist zwar wichtig, wird aber nicht ausreichen, solange die ökonomischen Anreizstrukturen unverändert mächtig bleiben. Das Gewissen des Einzelnen kann das Versagen der Institutionen auf Dauer nicht kompensieren. Es braucht also auch politisches Engagement und mit den Worten Antonio Gram-

scis bei allem (berechtigten) Pessimismus des Verstandes einen nicht minder starken Optimismus des Willens.

Quellen

[1] Aristoteles (2017): Nikomachische Ethik. Hg. v. Gernot Krappinger. Stuttgart: Reclam (Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 19448).

[2] Felber, Christian (2018): Gemeinwohl-Ökonomie. Aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe. München: Piper.

[3] Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.

[4] Easterlin, Richard A. et al. (2010): The happiness-income paradox revisited. in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 107/52, S. 22463-22468.

[5] Keynes, John Maynard (1930): Economic Possibilities for our Grandchildren. in: Essays in Persuasion, New York: W.W.Norton & Co., 1963, S. 358-373.

[6] Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW, Sektion Politik und Ökonomie, am 24. und 25. April 2009 in Wien.

[7] Winker, Gabriele (2020): Aufbau einer solidarischen und nachhaltigen Care-Ökonomie. Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=9C_gYiqNual&list=PLfcYiVW-bO6Suhc0HRwMOISSPED-7lOwN

[8] Nuscheler, Franz (2012): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Armut und Hunger, Bevölkerung und Migration, Wirtschaft und Umwelt. 7., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn: Dietz.

[9] Ricardo, David (1994): Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Marburg: Metropolis.

[10] Meadows, Donella et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Übersetzung von Hans-Dieter Heck, 14. Aufl., Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

[11] Santarius, Tilman (2015): Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Weimar (Lahn): Metropolis.

[12] Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. 1. Auflage. München: Carl Hanser Verlag.

[13] Victor, Peter A. (2008): Managing without growth. Slower by design, not disaster. Cheltenham, UK, Northampton.

[14] Richters, Oliver; Siemoneit, Andreas (2019): Marktwirtschaft reparieren: Entwurf einer freiheitlichen, nachhaltigen und gerechten Utopie. München: oekom.

[15] Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics. Addison-Wesley.

[16] Für eine Übersicht alternativer Wirtschaftsordnungen siehe zum Beispiel: Netzwerk Oekonomischer Wandel (NOW). Online unter: <https://www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org/ueber-now/>

[1] United Nations Environment Programme and International Livestock Research Institute (2020): Preventing the Next Pandemic: Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission. Nairobi, Kenya.

#coronaverstehen

[coronaverstehen.de](https://www.coronaverstehen.de)